

AUSGABE VOM 24. APRIL 2015

Erfolgsgeschichte Städtebauförderung - auch für NRW-Kommunen

Am 9. Mai findet zum ersten Mal in ganz Deutschland der Tag der Städtebauförderung statt. Ziel ist es, die Bürgerbeteiligung zu stärken und kommunale Projekte der Städtebauförderung einer größeren Öffentlichkeit vorzustellen. Die Städtebauförderung wurde im Jahr 1971 eingeführt und ständig weiterentwickelt.

Mit einer Bebauung, die sich harmonisch in bestehende lokale Strukturen einfügt und ökologischen, ganzheitlichen Entwicklungskonzepten folgt, bildet sie heute einen wichtigen Bestandteil für gelungene Stadtentwicklungspolitik. Allein für 2015 werden durch dieses Instrument städtebauliche Investitionen von etwa 10 Milliarden Euro angestoßen. Ein Großteil dieser Mittel fließt in die regionale Wirtschaft.

Besserer Schutz vor Einbrüchen

Die Bekämpfung der Kriminalität ist unserer Fraktion ein wichtiges Anliegen, denn die Menschen erwarten angesichts steigender Einbruchszahlen und vermehrter Gewalt im Alltag Antworten von der Politik. Deshalb ist es erfreulich, dass sich die Fraktionsspitzen von CDU/CSU und SPD auf einer gemeinsamen Tagung in Göttingen des Themas angenommen haben.



Fraktionschef Volker Kauder zieht positive Bilanz der Göttinger Tagung (Foto: CDU/CSU)

Wir wollen die Möglichkeiten zur steuerliche Absetzbarkeit von Investitionen in Sicherheitstechnik und weitere Fördermöglichkeiten prüfen. Zudem sollen die Zuschüsse und zinsgünstigen Kredite im Rahmen der Programme der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) aufgestockt werden. Davon sollen nicht nur Haus- und Wohnungseigentümer profitieren, sondern auch Mieter werden diese Mittel in Anspruch nehmen können und sich damit besser vor Einbrechern schützen können. Und: Der Schutz von Polizisten vor gewalttätigen Übergriffen wird ausgebaut.

Mittelmeer-Flüchtlingstragödie: Weitere Opfer verhindern!

Die Bilder der Schiffskatastrophen vor der libyschen Küste bedrücken und rütteln auf. Am Mittwochnachmittag kam der Bundestag zu einer Sondersitzung zusammen. Der Tod so vieler Menschen, die ihr Leben menschenverachtenden Schlepperbanden anvertraut haben, führt uns das Unheil vor Augen, welches zerfallende Staaten, Ungerechtigkeiten und Armut in den Herkunftsregionen dieser Menschen anrichten können.

Wir müssen als Europäische Union alles tun, damit die von gewissenlosen Schleppern ins Verderben geführten Menschen vor dem Tod gerettet werden. Europa muss rasch Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Menschen in den betroffenen Regionen auf den Weg bringen – und endlich ohne Tabus über echte Perspektiven beraten. Weder die hermetische Abriegelung Europas noch die bedingungslose Öffnung unserer Grenzen kann die Lösung sein. Und wir müssen die skrupellosen Geschäfte der Schleuserbanden konsequent mit allen Mitteln bekämpfen!

Der EU-Sondergipfel beschloss, die Finanzmittel für die Seenotrettungsmissionen „Triton“ und „Poseidon“ mindestens zu verdreifachen. Deutschland wird zudem zwei Schiffe der Bundesmarine zur Verstärkung ins Mittelmeer schicken. Dauerhaft kann sich die Lage der Menschen aber nur durch eine Verbesserung der Zustände in deren Heimat ändern. Das wäre die beste Flüchtlingshilfe.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

bei einer bewegenden Trauerfeier vor einer Woche im Kölner Dom habe ich gemeinsam mit Angehörigen, der Bevölkerung und den Spitzenvertretern unseres Landes



der vielen Opfer des Flugzeugabsturzes gedacht. Die Erschütterung war auch dreieinhalb Wochen nach der Katastrophe noch greifbar. Das spürten wir alle.

In den Ansprachen kam noch einmal die ganze Fassungslosigkeit über das Geschehen zum Ausdruck. Für jeden Toten stand eine weiße Kerze im Dom. „Es sind 150 Opfer“, hatte der Kölner Kardinal Rainer Maria Woelki zuvor betont. Das Urteil über den Kopiloten, der den Absturz verursacht hatte, müsse man Gott überlassen. Woelki wandte sich während des Gottesdienstes mit bewegenden Worten an die Hinterbliebenen: „Liebe ist stärker als der Tod, glauben wir Christen. Die Liebe - sie bleibt.“

Bundespräsident Gauck sprach den vermutlich vorsätzlich herbeigeführten Absturz der Maschine durch den Kopiloten an: „Dieser Eine hat viele Menschen mit in den Tod gerissen, den er für sich selber gesucht hatte. Uns fehlen die Worte für diese Tat.“

Auf jedem Platz im Dom lag ein kleiner Holzengel, der den Angehörigen und Helfern symbolisch Halt geben sollte. Ich will ihn als bleibendes Zeichen des Trostes und der Zuversicht in Ehren halten.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I

859 Millionen Euro mehr für Umwelt und Bau

Der vom Kabinett beschlossene Nachtragshaushalt 2015, der nun im Bundestag beraten wird, gibt finanzschwachen Kommunen umfangreiche Zuschüsse für Investitionen und stellt weitere Mittel für Zukunftsinvestitionen in Deutschland bereit. Weitere Finanzhilfen erhalten die Kommunen zur Entlastungen bei der Unterbringung von Asylbewerbern.

Das klare Bekenntnis für Klimaschutz und Städtebau wird mit insgesamt 859 Millionen Euro im Zukunftsinvestitionsprogramm der Bundesregierung untermauert, die in den Jahren 2016 bis 2018 zusätzlich für das Umwelt- und Bauministerium verfügbar sind. Damit können Maßnahmen wie die Nationale Klimaschutzinitiative (NKI) umgesetzt werden und das erfolgreiche KfW-Zuschussprogramm zum „altersgerechten Umbau“, zukünftig auch in Verbindung mit kriminalpräventiven Maßnahmen, aufgestockt und erweitert werden.

Auch die nationalen Projekte des Städtebaus, um die sich Köln mit der „Via culturalis“ bewirbt, sowie neue Modellvorhaben nachhaltigen Wohnens für Studenten und Azubis werden verstärkt oder erstmals gefördert.

Für eine nachhaltige Stärkung finanzschwacher Kommunen wird das Sondervermögen „Kommunaler Investitionsförderungsfonds“ eingerichtet und bis 2018 mit 3,5 Milliarden Euro ausgestattet. All diese Investitionsmaßnahmen werden - wie schon der bisherige Haushalt 2015 - ohne neue Schulden finanziert. Das geht nur, dank unserer erfolgreichen Politik und der guten Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft.

Europa: Umweltpolitiker informieren sich in Brüssel



Im Rahmen einer Informationsfahrt des Bundestagsumweltausschusses nach Brüssel führten die Abgeordneten der Unions-Arbeitsgemeinschaft Umwelt mit Abgeordneten des Europaparlaments intensive Gespräche zu den Themen TTIP/CETA, Klima und Umwelt. Gruppenbild mit Dame (von links): Daniel Caspary MdEP, Matern von Marschall MdB, Oliver Grundmann MdB, Dr. Anja Weisgerber MdB, Karsten Möring MdB. (Foto: privat)

Girls' Day 2015: Porzer Girlpower im Reichstag



Carmen Görmar, 13jährige Schülerin des Kölner Maximilian-Kolbe-Gymnasiums, bekam auf Einladung von Karsten Möring exklusive Einblicke hinter die Kulissen des Bundestages. Die CDU/CSU-Fraktion beteiligt sich seit langem am Girls' Day und öffnete auch dieses Jahr wieder einer Gruppe Mädchen die Türen, um ihnen Eindrücke vom Alltag der Abgeordneten und des Berliner Politikbetriebs zu vermitteln. (Foto: privat)

Das Massaker an Armeniern war Völkermord

Das Massaker osmanischer Truppen an den Armeniern im eigenen Land vor 100 Jahren war auch aus Sicht von Bundestagspräsident Norbert Lammert ein Genozid. „Das, was mitten im Ersten Weltkrieg im Osmanischen Reich stattgefunden hat unter den Augen der Weltöffentlichkeit war ein Völkermord“, sagte der Bundestagspräsident am Freitag beim Auftakt der Debatte zum Gedenken an die Ermordung Hunderttausender Armenier. Nach Schätzungen kamen damals bis zu 1,5 Millionen Menschen ums Leben. Im Mittelpunkt der Bundestagsdebatte stand ein Antrag der Koalitionsfraktionen, in dem erstmals in Deutschland die Massaker als Völkermord bezeichnet wurden.

Es sei nicht der einzige Völkermord im 20. Jahrhundert sagte Lammert mit Blick auf die Vernichtung der Juden während der Nazi-Herrschaft. Aus Respekt vor den Opfern dürften die damaligen Verbrechen weder verdrängt noch beschönigt werden. Am Vortag hatte bereits Bundespräsident Gauck im Anschluss an einen eindrucksvollen ökumenischen Gedenkgottesdienst im Berliner Dom von Völkermord gesprochen.

Impressum:

Ausgabe Nr. 08/2015
24. April 2015

Herausgeber:
Bundestagsbüro Karsten Möring
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-77611
Email:
karsten.moering@bundestag.de
Redaktion/ V.i.S.d.P:
Karsten Möring MdB/Harald Häßler/
Dr. Jürgen Reuter